

Verfahren zur Erstellung des Berufungsvorschlages nach Art. 18 BayHSchPG

1. Prüfung und Entscheidung der Universitätsleitung auf Basis des Antrags des Fakultätsrates, ob die Stelle wieder zugewiesen/neu besetzt werden und in welcher fachlichen Ausrichtung die Stelle wieder/neu besetzt werden soll. (Art. 18 Abs. 1 und Art. 51 Abs. 2 S. 1 GrO)
Dem Antragsschreiben ist ein Entwurf des Ausschreibungstextes (Muster anbei), der spezielle Teil B des Strukturplans, das Kurzkonzzept sowie bei Professuren, die Aufgaben der Krankenversorgung wahrnehmen, eine Stellungnahme des Klinikumsvorstands beizulegen.
2. Ausschreibung öffentlich (Art. 18 Abs. 3 S. 1) nach vorheriger Genehmigung des Staatsministeriums (Art. 18 Abs. 3 S. 2) es sei denn, eine Zielvereinbarung wurde getroffen oder es ist im Entwicklungsplan der Hochschule festgelegt. Weitere Ausnahme vom Gebot der Ausschreibung nach Art. 18 Abs. 3 S. 3 und 4.
3. Bildung des Berufungsausschusses als Findungskommission durch den Fakultätsrat im Einvernehmen mit der Universitätsleitung (Art. 18 Abs. 4 S. 1,2). Wichtig: ein Mitglied einer anderen Fakultät und ein Mitglied einer anderen Universität.
Spätere, sich im Laufe des Verfahrens ergebende personelle Änderungen sind der Universitätsleitung anzuzeigen.
4. Bestellung eines Berichterstatters durch die Universitätsleitung (Art. 18 Abs. 2)
5. Berufungsvorschlag (Art. 18 Abs. 4 S. 5 -13)
 - Einholung auswärtiger und vergleichender Gutachten (mindestens 2)
 - Aufstellung eines Berufungsvorschlages, der drei Namen enthalten soll
 - Der Berufungsvorschlag kann mit deren Einwilligung auch die Namen von Personen enthalten, die sich nicht beworben haben.
 - Bei der Erstellung des Berufungsvorschlages ist auf eine Erhöhung des Anteils der Frauen in der Wissenschaft hinzuwirken.
 - Mitglieder der eigenen Hochschule sollen nur in begründeten Ausnahmefällen in den Berufungsvorschlag aufgenommen werden.
 - Der Studiendekan, die Vertreter der Studierenden im Fakultätsrat und die Frauenbeauftragte sollen zu den Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerber Stellung nehmen (Vorgabe des Ministeriums).
 - Die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung sind eingehend und vergleichend im Berufungsvorschlag zu würdigen, die gewählte Reihenfolge ist zu begründen.
 - Recht auf Sondervotum, welches dem Berufungsvorschlag beizufügen ist
 - die einzelnen stimmberechtigten Mitglieder des Berufungsausschusses
 - die Professoren (§ 52 Abs. 2 GrO) der jeweils betroffenen Fakultät
6. Beschlussfassung des Berufungsausschusses - geheim (Art. 41 Abs. 1 S. 1 BayHschG, § 71 ff GrO, § 51 Abs. 2 S. 2 GrO)
Der Beschluss soll an die Fakultät m.d.f.B.u.K. weitergeleitet werden – Information an alle Professoren der Fakultät mit dem Hinweis, dass der Berufungsvorschlag innerhalb einer bestimmten Frist (mindestens eine Woche) eingesehen werden kann.
Die Fakultät reicht den Vorschlag – ggf. mit Sondervotum - in 30-facher Ausfertigung an das Rektorat mit der freundlichen Bitte um Stellungnahme des Senats.
7. Stellungnahme des Senats (Art. 18 Abs. 5 S. 1)
zur Vorlage für den Senat müssen vorliegen:
 - Berufungsvorschlag und etwaige Sondervoten
 - Stellungnahme des Berichterstatters
8. Beschlussfassung durch die Universitätsleitung (Art. 41 Abs. 1 S. 1 BayHschG)
9. Berufung von Professoren – Entscheidung Rektor (Art. 18 Abs. 6 S. 1)
10. Sonderregelung Theologie (Art. 18 Abs. 7)
11. Vertretungsweise Besetzung einer Professorenstelle (Art. 18 Abs. 8)